

Ablenkungsmanöver

Statt die Ursache der Klimakatastrophe ursächlich im Systemzusammenhang zu sehen, versucht die Politik die Verantwortung den Einzelnen zuzuschreiben

Jahrelang ist die Jugend brav ihrer Schulpflicht nachgegangen, bewegt haben sich die Schüler_innen im Großen und Ganzen in den Schulen und, wenn der Leistungsdruck es zugelassen hat, am Wochenende in der Disco. Der staatlich eingerichteten Konkurrenz um Noten und Abschlüsse haben sie sich ohne Murren gestellt, bei Gelegenheit nur den zunehmenden Druck beklagt. Seit Monaten gehen sie nun weltweit auf die Straße, bestreiken freitags die Schule. Regelmäßig bleiben sie dem Unterricht fern und verletzen nach herrschendem Recht die Schulpflicht.

Sie werden von hochrangigen Politikerinnen – Kanzlerin Merkel und Umweltministerin Schulze – gelobt. Andere monieren, die Kids hätten „noch nie eine Stromrechnung bezahlt“ (AfD) oder könnten ob ihres Alters nicht „alle globalen Zusammenhänge ... und das ökonomisch Machbare sehen“ (FDP). „Auf die Dauer wirkt es wenig überzeugend, ausgerechnet in der Schulzeit zu demonstrieren“, so der Hamburger Schulsenator Rabe (hlz 3-4/19, S. 13). Ein Appell, dem ganz schnell Ordnungsmaßnahmen folgen können. In Anbetracht des sich zuspitzenden Klimawandels ist es m. E. angemessen, die Debatte auch weiterhin in der hlz zu führen.

Was ist da los?

Die Streikenden werfen der Politik, an die sie sich wenden, „Untätigkeit“, gar „Heuchelei“ bei der „Lösung des Mensch-

heitsproblems Nr. 1“ vor. Ziviler Ungehorsam ist en vogue. Wegen der Schäden, die gern in riesigen Geldsummen – „5,5 Billionen Euro“ (Spiegel.de) – bemessen werden, sei es schon „Fünf nach Zwölf“! Auf den Transparenten ist u.a. zu lesen: „Kein Planet B“ oder „Die Klimakrise ist eine reale Bedrohung für die menschliche Zivilisation“ (siehe die Website: fridaysforfuture.de).

Sind die Anklagen zutreffend?

Die Sache selber, den Klimawandel, bestreitet kaum noch jemand. Aber angesichts des Protests stellen sich doch einige Fragen: Ist die Politik, die mit ihren Gesetzen die Regularien für die Gesellschaft vorgibt, überhaupt der passende Ansprechpartner, der „dieser Aufgabe

Der verantwortungsbewusste Gutmensch verlegt eben den Profit- und Wachstumsimperativ der Produktionsweise in die Natur des Menschen

gerecht wird“? Wer veranstaltet denn seit Jahrzehnten Klimakonferenzen und hat genau diesen Klimawandel mit seinen katastrophalen Folgen für etliche Regionen (Überflutung der Fidschi-Inseln, Überschwemmung von Küstenregionen, zunehmende Verödung und Verwüstung, Extremwetterlagen) zu verantworten? Warum greift die Politik eigentlich die Abstrakta der Streikenden wie „Mensch-

heit“ oder „Globus“ so begierig auf? Ist sie nicht – in welchem Nationalgewand auch immer – dauernd in „Menschheitsfragen“ unterwegs? Bei Kriegen oder Stellvertreterkriegen ist doch hinlänglich bekannt, wer zur Durchsetzung der „Menschenrechte“ buchstäblich über Leichen geht.

Ist sie wirklich davon freizusprechen, dass sich die Zahl der Menschen, die der Schaden des Klimawandels unmittelbar trifft, in den kommenden Jahren fast verfünffacht? Ca. „300 Millionen Klimaflüchtlinge“ (Weltklimarat IPCC) werden für die nächsten Jahre prognostiziert. Die sind jedenfalls nicht die Akteur_innen! Deren Interessen sind nicht deckungsgleich mit denen der Staaten, die z.B. schon jetzt einen Streit darum entfachen, wer in naher Zukunft Anspruch auf die Bodenschätze in der Arktis unter dem freigelegten Eis hat! Russland freut sich über eisfreie Häfen, sorgt sich, was aus den aufgetauten Permafrostböden Sibiriens wird etc. Ist nicht daraus der Schluss zu ziehen, dass die jeweiligen Interessen sehr unterschiedlich bis gegensätzlich ausfallen? Sind es nicht konkurrierende Staaten, deren Führer_innen Klimapolitik gegeneinander betreiben, weil mit neuen Technologien neues Wachstum kreierte werden kann, das den Geldreichtum sowohl bei den Unternehmen als auch im Staatshaushalt wachsen lässt? Und der Vorsteher der mächtigsten Nation der Welt, Präsident Trump, bestreitet unverblümt den Klimawandel, er lässt sich

von niemandem etwas vorschreiben. Die USA als Weltmarktführer in Sachen Öl wollen z.B. ihr Schiefergas gewinnbringend anderen Ländern verkaufen. Eine ziemlich harte Konkurrenzveranstaltung ist das – der Nutzen des einen wird zum Schaden des anderen.

Wie diese Hinweise deutlich machen, ist „gemeinsame Klimapolitik“ ein schönes Ideal. Die Streikenden könnten den offiziellen Auskünften entnehmen, dass an die gültigen Zwecke und Erfolgsmaßstäbe von Politik und Wirtschaft nicht gerührt werden darf. Und über die unsichere „Zukunft“ der jungen Menschen wird klargestellt: Ohne „Arbeitsplätze“ und „Wachstum“ geht nichts. Die Marktwirtschaft ist weltweit durchgesetzt, damit das einzig Wahre; ihre Grundlagen sind unantastbar.

Wie Politik und Öffentlichkeit den Protest einmeinden

Ein Beispiel aus dem deutschen TV: Prominenz aus Politik, Kultur, Journalismus und auch die Klimaaktivistin L. Neubauer gastieren am 23.8. in der Talkshow „3 nach 9“. Neubauers Anliegen erhält eingangs in der Runde viel Zuspruch. Talkmeister di Lorenzo klassifiziert die „Rolle der Klimaaktivistin“ als „authentisch“ und „echt“ – so als könnten die Beteiligten auch Niederes im Sinn haben und wären erst einmal als Personen zu überprüfen. Dann wird der Satz der Kanzlerin zitiert, dass die Jugend den „Prozess beschleunigt“, was Neubauer für sich „als Erfolg verbuchen könne“ – so als ob auch hier Führungsqualitäten entscheidend wären. Gemeinsam ein Anliegen durchzufechten, ist wohl zu wenig! Es folgt der Hinweis auf den aktuelle „Deutsch-

landtrend“: Was passiert mit „eurem Engagement, wenn die Leute nicht mitziehen?“ Denn 2/3 der Befragten antworteten auf die Frage, wie die Aktion der Klimaschützer innen ihr Verhalten „beeinflusst“: das „gehe ihnen am Arsch vorbei“. Die Nachfrage zielt darauf, dass die Aktionen dann ja wohl keinen Sinn machen, die Jugend also schnell zur Tagesordnung übergehen, nämlich wieder regelmäßig die Schulbank drücken sollte. Das ist eben die wichtigste Message des Volksaufklärers di Lorenzo in lockerer Runde: Neubauer kann „einen Anstoß geben, die Politik müssen dann



andere machen!“ Ja, die Verursacher der ganzen Misere, die haben die Kompetenz, die werden es schon richten!

Anschließend der Auftritt der Tagesschausprecherin S. Daubner. In der DDR ausgebildet, dem „Unrechtsstaat“ entflohen, fordert sie von den Demonstrant_innen in Hamburg, doch „auch im Kleinen, als Verbraucher_innen“ ihre „Macht“ zu nutzen und auf „Urlaubsflüge, H & M und Plastikflaschen“ zu verzichten. Übrigens hätten sie und ihre Tochter kein Verständ-

nis dafür, dass nach Demonstrationen „leere Plastikflaschen“ nicht sachgerecht entsorgt würden. Das soll gleich den ganzen Protest diskreditieren. Wer mit dem besagten Anliegen auf die Straße geht, habe „Vorbild“ zu sein, denn „Klimaschutz fängt bei jedem Einzelnen an.“ Dann heißt es: Wenn der „Verbraucher seine Macht“ einsetzt, „müsstet ihr nicht mehr auf die Straße gehen“, das Klima wäre gerettet. Gesellschaftliche Ursachen wie energiehungrige Industrien, industrialisierte Landwirtschaft oder ein Individualverkehr, bei dem vorab niemand abstimmen konnte, ob ein kostenloser Nahverkehr nicht die besser Lösung wäre – all das wird einfach ausgeklammert. Immer getreu dem Motto, jede_r hat sich erst einmal an die eigene Nase zu fassen, um mit Radfahren, Fleischverzicht, E-Mobil (kein Problem für betuchte Schüler_innen) etc. seinen klimafreundlichen „Fußabdruck“ zu hinterlassen. Der verantwortungsbewusste Gutmensch verlegt eben den Profit- und Wachstumsimperativ der Produktionsweise und dessen desaströse Folgen in die Natur des Menschen. Unvernunft, Gier und Egoismus sollen dafür stehen. „Jede_r hat seinen kleinen Beitrag zu leisten, dann wird sich der Protest von ganz alleine erledigen ... und es ist alles wunderbar“, so die verlogene Botschaft.

Zur Eingangsfrage zurück: Ein Aufstand gegen die herrschende Politik und deren umweltschädliche Logik ist es leider nicht, ein „gerechtfertigtes“ Aufbegehren gegen die Ruinierung der Lebensgrundlagen schon. Das heißt aber auch, dass die Anklage eingemeindet werden kann fürs muntere „Weiter so“.

F. BERNHARDT, Ruheständler